

# Jugend scharrt mit den Hufen

Nachwuchspolitiker drängen zur Kommunalwahl in die Räte – Wandel der politischen Kultur

st Lüneburg. Die Jugend rüttelt vor der Kommunalwahl an den Toren der Räte. Über politische Grundsätze können die Jungpolitiker der Region mindestens so trefflich streiten wie die Alten. Aber bei einem Thema sind sich Nachwuchsleute der verschiedenen Parteien einig: Die Kommunalparlamente brauchen dringend eine Frischzellenkur, damit nicht Politik gegen die Jugend gemacht wird.

Die Parteien sind gerade dabei, ihre Kandidatenlisten für die Kommunalwahl am 11. September aufzustellen. Und die Jugend fordert ihr Recht. Das bedeutet: Die jungen Kandidaten müssen sich gegen die Platzhirsche durchsetzen und bedrohen manchen Erbhof.

„Natürlich gibt es in den Parteien Strukturen“, meint Lennart Thamm von der Grünen Jugend. Sich darin einen Platz zu erkämpfen, kostet Mühe. Doch der 16-Jährige findet, dass sich das lohnt: „Die Bildungspolitik darf nicht nur von Leuten gemacht werden, die weit über 50 sind. Junge Politiker haben vielleicht nicht immer gleiches Fachwissen und gleiche Erfahrung, sind aber näher dran an solchen Themen.“ Bei den Grünen ist die Vergabe der Plätze noch offen.

Dass die Jugend sich für Debatten und Sitzungsvorlagen nicht interessiert, ist falsch, findet André Kleine-Möller, Kreisvorsitzender der Jungen Union: „Denn Kommunalpolitik ist konkret.“ Der Sparkassenazubi glaubt, dass genug junge Kandidaten zur Verfügung stehen: „Wir haben eher ein Problem mit der Mittelschicht, die 30- bis 40-Jährigen fehlen uns.“ Denn in diesem Lebensabschnitt bauen die Menschen an Karriere und Familie, da fehlt Zeit und Energie für Politik.

An Politikverdrossenheit glaubt auch Kamila Pienkos von den Jusos nicht. In ihrer Partei sind einige Plätze schon vergeben. „Die Jugend ist

Sie wollen Politik mitgestalten: An den Toren des Lüneburger Rathauses rütteln (v.l.) Kamila Pienkos (Jusos), Michèl Pauly (Linke), Leonard Hyfing (Julis), André Kleine-Möller (Junge Union) und Lennart Thamm (Grüne Jugend).

Foto: t & w

durchaus erwünscht. Sie wird aber nicht immer ernst genommen“, lautet ihr Eindruck. Die 26-jährige Studentin meint: „Die Politik an sich ist in allen Köpfen.“ Sie müsse nur aktiver präsentiert werden.

Zu solch einem politischen Kulturwandel würde mehr jun-

ges Blut in den Sitzungssälen beitragen, sagt Leonard Hyfing von den Jungen Liberalen. „Das Denken ist nicht so festgefahren, wir würden auch mal ergebnisoffen diskutieren“, sagt der Student. Im Parlament auch die Argumente des politischen Gegenübers abwägen, nicht al-

les schon in den Ausschüssen ausbaldowern, auch mal aus dem Fraktionszwang ausbrechen: Das praktizieren die Jungen jetzt schon, wenn sie sich im Ring Politischer Jugend (RPJ) treffen. Und dieses Verständnis von Demokratie wollen sie beibehalten.



„Junge Menschen sind einfach gedanklich flexibler“, stimmt Michèl Pauly zu, als Linker ansonsten nicht gerade im Verdacht, mit den Jungen Liberalen auf einer Linie zu liegen. Aber auch er findet mehr Jugend in den Parlamenten dringend geboten: „Denn dann werden keine Entscheidungen mehr massiv gegen die Jugend getroffen, wie zum Beispiel der Verkauf des Jugendzentrums in der Innenstadt und die Nutzungsordnung für den Kurpark.“ Um 23 Uhr nicht mehr im Grünen sitzen zu dürfen, sei für viele junge Menschen eine aberwitzige Vorstellung.

Bis April will seine Partei die Kandidatenlisten aufstellen. „Und die wird sehr jung werden“, glaubt Pauly. Sein Optimismus beschränkt sich nicht auf die Linken: „Wie es mit den Jungen nach der Wahl im Stadtrat aussieht? Ich bin sicher: Es werden mehr.“

Von Politikverdrossenheit ist bei der Jugend keine Spur. Wie sieht es bei den Parteien insgesamt aus? Die Mitgliederzahlen der Kreisverbände und ihre Entwicklung im Überblick:

► Die SPD hat aktuell 1254 Mitglieder, darunter 133 Jusos. Tendenz gleichbleibend.

► Knapp dahinter liegt die CDU mit etwa 1180 Mitgliedern.

► Die Grünen weisen rund 250 Mitglieder auf, im vergangenen Jahr sind 30 hinzugekommen.

► Die FDP bietet 135 Mitglieder auf mit leichter Aufwärtstendenz. Im Januar hat es zwei Beitritte und keinen Austritt gegeben.

► Die Linke liegt bei knapp über 100 Mitglieder mit gleichbleibender Tendenz. Die Partei rechnet aber mit Zuwachs: Wahljahre seien Eintrittsjahre. st